# Gewerkschaftliche Europastrategien

Autor(en): **Schöni, Walter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): **- (1991)**

Heft 15: **Jugend + Gegenwart = Zukunft**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-584215

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

VON WALTER SCHÖNI

# Gewerkschaftliche Europastrategien

Die Verhandlungen um einen EWR-Vertrag nähern sich dem Abschluss. Ob der Vertrag bei Parlament und Bevölkerung Zustimmung finden wird, ist offen. Egal in welcher institutionellen Form sich die Schweiz der EG annähern wird – die verhandlungsführenden aussenwirtschaftlichen Kräfte werden in jedem Falle ihre Ziele weiterverfolgen: maximale Handels- und Investitionsfreiheit auf Auslandmärkten, minimale «Behinderung» durch Wettbewerbskontrolle, Sozial- und Umweltauflagen und direkte Demokratie im Inland. Die Beteiligung der «Sozialpartner» und der Bevölkerung an den künftigen supranationalen Entscheidungsmechanismen ist sicher kein vorrangiges Ziel. Werden dennoch staatspolitische Debatten über «fremde Richter» und den «Ausverkauf der Heimat» lanciert, so nur mit dem Zweck, die bereits gesetzten wirtschaftlichen Prioritäten zu verschleiern.

## DIE WIRTSCHAFT

hat vorgesorgt. Lange vor Beginn der EWR-Verhandlungen hat sie ein internationales Kontaktnetz aufgebaut und ist heute in der Lage, den EG-Kurs der Schweiz vor Ort zu beeinflussen. Die Wirtschaftsverbände haben via kantonale Handelskammern und Vorort guten Zugang zu den Volks- und Aussenwirtschaftsbehörden des Bundes. Die Aussenkontakte des Vororts und der Wirtschaftsverbände laufen über das «Integrationsbüro» des EDA sowie über eigene Kanäle:

- Büro des Vororts am Sitz der EG-Kommission in Brüssel;
- Einsitznahme in der Schweizer Verhandlungsmission (Brüssel);
- Kontakt zum EFTA-Sekretariat in Genf;
- Mitglied in europäischen Industrie- und Arbeitgeberföderationen.

Die Aussenwirtschaft hat zudem eine eigene Beratungs- und Datenbankeinrichtung (die OSEC) geschaffen. Diese pflegt ständige Kontakte zu den Schweizer Botschaften und Handelskammern in den 12 EG-Staaten. Sie ist direkt an die EG-Datenbanken angeschlossen und vertreibt Informationen über EG-Recht und Warenmärkte.

## DIE GEWERKSCHAFTEN

finden sich heute primär in der Rolle des kritischen Beobachters. Ihre internationalen Kontaktnetze sind nach wie vor ungenügend ausgebaut. Die Gewerkschaftsleitungen unterhalten zwar Kontakte zu den internationalen Branchen- und Dachverbänden, und via EGB bestehen Verbindungen zum EG-Apparat – von einer wirkungsvollen Einflussnahme auf europäischer Ebene kann jedoch nicht die Rede sein. Ein koordiniertes Auftreten, wie es beispielsweise grüne Parteien und Umweltverbände demonstrieren, scheint (noch) nicht möglich zu sein.

Um so wichtiger ist es heute, die gewerkschaftliche Europa-Debatte an der Basis zu verstärken. Sektionen und Betriebsgruppen sind oft sehr direkt betroffen von der Europapolitik der Behörden und Konzerne. An einer Veranstaltung im Rahmen der Schweizerischen ArbeiterInnenschule (April 91) wurde diese Frage zusammen mit SektionssekretärInnen diskutiert. Viele von ihnen haben bereits selbst mit europaweiten Firmenstrategien, Standortverlagerungen, Ausländerfragen usw. zu tun gehabt. Der Erfahrungsaustausch führte zur Überzeugung, dass die Sektionen und Gruppen ein *eigenes europapolitisches Engagement* entfalten sollten.

## ZU EINEM SOLCHEN ENGAGEMENT GEHÖRT ERSTENS

*die gewerkschaftsinterne Information:* Es gilt, die Mitglieder in regelmässigen Diskussionen über die europäische Integration und die Rolle der Schweiz auf dem Laufenden zu halten. Informierte Basiseinheiten sollten sich in die Europapolitik der Gewerkschaftszentralen einschalten.

## ZWEITENS

sollten sich Sektionen und Belegschaften untereinander *vernetzen,* auch über Branchen- und Ländergrenzen hinaus. Ein Informationsdienst über Arbeitnehmerrechte und Sozialauflagen in andern Ländern, über Vertragsregelungen und Geschäftspolitik an den Konzern-Standorten könnte zur Früherkennung von Unternehmensstrategien beitragen. Die Gewerkschaft müsste nicht bei jedem Problemfall völlig neue Recherchen anstellen.

## DRITTENS

sollte das Engagement auch *öffentlich sichtbar* werden. Die «Euroverträglichkeit» von Verträgen, Sozialversicherungen und Unternehmensstrategien ist öffentlich einzuklagen, ebenso die Diskriminierung von Frauen, AusländerInnen und Flüchtlingen. Es gilt zu zeigen, dass Sozialdumping nicht durch «Ausländerabwehr», sondern nur durch einheitliche Auflagen an die Firmen verhindert wird. Ferner sollten die Sektionen die kantonalen Euro-Dienste mit Arbeitnehmerproblemen in den Konzernen unter Druck setzen. Diese Dienste haben einen öffentlichen Auftrag, arbeiten jedoch bisher nur mit den Handelskammern und der Wirtschaftsförderung zusammen. ■